

## Kurzbericht

**Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(37. - öffentliche - Sitzung am 5. Mai 2021)

### **Beratungsthemen:**

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/8994](#)
- b) **Verantwortung für den Klimaschutz ernst nehmen: Nachhaltigkeit und Klimaschutz beim NDR stärken!**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8484](#)

Der Unterausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs unter a) durch die Landesregierung entgegen und besprach Verfahrensfragen. Die Unterausschussmitglieder kamen überein, in einer zusätzlichen Sitzung am 26. Mai 2021 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf unter a) und dem Entschließungsantrag unter b) durchzuführen, und einigten sich auf den Kreis der Anzuhörenden. Angehört werden sollen Vertreterinnen bzw. Vertreter des Norddeutschen Rundfunks (NDR), des Rundfunkrates des NDR, des Verwaltungsrates des NDR, der Personalvertretung des NDR sowie die Beauftragte für freie Mitarbeit im NDR, ferner Vertreterinnen bzw. Vertreter des ver.di Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, der Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk, des Verbands Privater Medien e. V., des Verbands Nordwestdeutscher Zeitungsverlage e. V. und des Landesrechnungshofs.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung und den NDR zu Finanzanlagen der ARD und des NDR bei der Greensill Bank AG**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.